

Anfragen zum Plenum in der 28. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Nachdem gemäß der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder in der Rhön ein Biodiversitätszentrum entstehen soll, im Spessart ein Walderlebnis- und Eichenzentrum und an der Donau ein begehbare Donauaquarium, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen zur Unterstützung des Fremdenverkehrs seitens der Staatsregierung für den Frankenwald geplant sind, der ebenso wie die Rhön, die Donauauen und der Spessart für einen dritten Nationalpark in Betracht gezogen worden war, sollte dies nicht der Fall sein, wieso sind ähnliche umweltpädagogisch-touristische Projekte nicht für den Frankenwald vorgesehen und wie sieht der konkrete Zeitplan für die Errichtung der seitens der Staatsregierung im Landkreis Kronach geplanten Hochschule für Wald- und Forstwirtschaft nach gegenwärtigem Zeitpunkt aus?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Nachdem Fleisch aus der Weideschlachtung von Rindern bei Verbraucherinnen und Verbrauchern große Wertschätzung erfährt und eine Einkommensalternative für Landwirte darstellt, frage ich die Staatsregierung, wie viele Betriebe in Bayern (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken) derzeit die Weideschlachtung bei Rindern praktizieren, was sie derzeit unternimmt, um dieses Verfahren gezielt zur Nachahmung zu empfehlen und welche zusätzlichen Möglichkeiten seitens der Staatsregierung sie sieht, Weideschlachtung in Bayern noch mehr zu etablieren, unter anderem im Hinblick auf die hofeigene oder ortsnahe Verfügbarkeit von hierfür zugelassenen Zerlegestätten?

Horst Arnold
(SPD)

Nachdem in der Presseberichterstattung durch das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie im Agrarbericht mitgeteilt wurde, dass die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe (ab 5 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche – LF) in Deutschland im Jahr 2017 gegenüber dem Jahr 2015 um etwa 3,9 Prozent zurückgegangen ist und in Bayern die Abnahme durchschnittlich nur 1,1 Prozent beträgt, was zu der Aussage der Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Michaela Kaniber, führte, dass die Situation in Bayern sehr stabil sei, frage ich die Staatsregierung, welche Daten lagen diesem Ver-

gleich zugrunde (Betrachtung in Bayern und deutschlandweite Betrachtung der Abnahme im Hinblick auf die Gesamtbetriebe bzw. die Betriebe ab 5 Hektar), wie stellt sich die Situation bei der Abnahme von Betrieben ab 5 Hektar in Bayern und deutschlandweit im Berichtszeitraum des Agrarberichts dar und wie entwickelte sich die Zahl der Betriebe ab 5 Hektar in Bayern (bitte Angabe der Gesamtbetriebe zu Beginn und Ende des Berichtszeitraums sowie prozentuale Abnahme, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk und Landkreis)?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Polizeigebäude sind sanierungsbedürftig (bitte nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten sowie Gemeinden aufschlüsseln), wie ist der jeweilige Planungsstand für die Sanierung der Gebäude und wie hoch sind die benötigten Finanzmittel für die Sanierungen (bitte absolut und aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten sowie Gemeinden angeben)?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Regresse, die von den behandelnden Ärzten eingefordert, über die Kassenärztliche Vereinigung (KVB) und die Kassenzahnärztliche Vereinigung (KZVB) abgewickelt und an die Krankenkassen abgeführt werden, im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfungen hinsichtlich der Arznei-, Heil- und Hilfsmittel in den vergangenen fünf Jahren entwickelt haben, wie die Staatsregierung das Zitat des Bundesministers für Gesundheit, Jens Spahn, in der „Ärzte Zeitung“ vom 08.05.2018 bewertet „Es soll niemand bestraft werden, wenn er zusätzlich Patienten aufnimmt“ und welche konkreten Konsequenzen sie hieraus zieht?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche Gesamtsumme beziffern sich die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an der Bezirksklinik Hochstadt im Landkreis Lichtenfels (bitte Aufzählung der einzelnen notwendigen Maßnahmen, wie Dach, Patientenzimmer etc. mit den geschätzten Kosten), welchen konkreten Sanierungs- und Modernisierungszeitplan verfolgt der Träger, die Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken (GeBO), am Standort Hochstadt und liegen der Staatsregierung von der GeBO entsprechende Anträge auf Förderung vor?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Leistungen insgesamt (Aufwandsentschädigung, finanzielle Zuwendung, Personal- und Sachmittel etc. – bitte im Einzelnen und getrennt auflisten) sind für die Beauftragten der Staatsregierung im Haushalt aktuell vorgesehen, welche Nebeneinkünfte haben die Beauftragten der Staatsregierung im Einzelnen und sind Nebeneinkünfte in dieser Funktion überhaupt zulässig?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie lauten die Verwaltungsvorschriften bezüglich der Ausstellung eines „grauen Passes“ (Reiseausweis für ausländische Personen, die entweder unter Abschiebeverbot oder subsidiären Schutz stehen) und gibt es interne Regelungen der Ausländerbehörden oder gar Anweisungen bzw. Empfehlungen der Staatsregierung an die zuständigen Behörden,

- die ein restriktives Vorgehen in der Verwaltungspraxis begründen können?
- Dr. Sepp Dürr**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Kantinen, Gaststätten usw. die Beschäftigten der obersten staatlichen Regierungsorgane wie Staatsministerien, Staatskanzlei und Landesämter vergünstigt Mittagessen können, in welchen davon täglich mindestens ein oder mehrere Essen mit einem Anteil an Rohstoffen überwiegend oder vollständig aus ökologischer Erzeugung angeboten wird und wie hoch der Bio-Anteil an den angebotenen bzw. verkauften Essen ist?
- Dr. Hans Jürgen Fahn**
(FREIE WÄHLER)
- Ich frage die Staatsregierung, welches Planungsbüro wurde mit der Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung zur Ortsumfahrung Sulzbach beauftragt und wird dieses Gutachten noch im Jahre 2018 erstellt sein?
- Martina Fehlner**
(SPD)
- Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung vom 18.04.2018 die Errichtung von zusätzlich 1.000 Mobilfunkmasten ankündigte, frage ich die Staatsregierung, wie viele Mobilfunkmasten gibt es aktuell in Bayern (BOS/Mobilfunkanbieter) und wo sollen die 1.000 neuen Mobilfunkmasten bis 2020 mit welchen etatisierten Mitteln (Doppelhaushalt 2017/2018, 1. und 2. Nachtragshaushalt 2018) errichtet werden?
- Günther Felbinger**
(fraktionslos)
- Ich frage die Staatsregierung, sieht der Lehrplan die Vermittlung lebenspraktischer Dinge, wie z. B. die Steuerpflicht und somit Erstellung und Abgabe einer Steuererklärung, für Schülerinnen und Schüler der Mittel-, Realschulen und Gymnasien vor, in welchen Fächern bzw. Jahrgangsstufen des Schulunterrichts werden diese ggf. unterrichtet und wie tiefgreifend wird dies dabei inhaltlich im Unterricht behandelt, um ggf. im späteren Leben eine selbstständige Herangehensweise durch den dann Steuerpflichtigen möglich zu machen?
- Markus Ganserer**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Ich frage die Staatsregierung, wie speziell beim Bau des Baumwipfelpfads Steigerwalds die Vorgabe der Einhaltung der Richtlinien der DIN 68800-1 und DIN 68800-2 für Planung und Ausführung von Holzkonstruktionen überprüft worden ist, ist die Staatsregierung der Auffassung, dass eine wesentliche Abweichung von den technischen Baubestimmungen vorliegt, wenn nach DIN 68800-1 nicht hinreichend dauerhaftes Holz verbaut wird und welche Holzschutzfrage wird derzeit in einem gerichtlichen Verfahren zwischen Firmen, die an der Bauausführung beteiligt waren, geklärt?
- Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**
(SPD)
- Nachdem seit dem Jahr 2017 die Möglichkeit zur Verschreibung von Arzneimitteln auf Cannabisbasis möglich ist und hierzu das Staatsministerium des Innern und für Integration ein Rundschreiben vom 12.04.2018 (IC4-3603-1-5) herausgegeben hat, frage ich die Staatsregierung, ob das Rundschreiben der Generalstaatsanwälte München, Nürnberg und Bamberg vom 19.07.1994 zur Umsetzung des § 31a Betäubungsmittelgesetz (BtMG) noch der jetzigen gesetzlichen Lage entspricht und wann mit einer Überarbeitung zu rechnen ist?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an wie vielen bayerischen Mittelschulen wird – so wie an der Mittelschule Oberstaußen – im Schuljahr 2018/2019 keine 5. Klasse gebildet und plant die Staatsregierung in Oberstaußen und ggf. an den anderen betroffenen Mittelschulen zusätzliche Personalressourcen einzusetzen oder die Bildung einer Kombiklasse zu ermöglichen, um doch noch ein Angebot für die Schülerinnen und Schüler in der Mittelschule Oberstaußen und ggf. an den anderen Mittelschulen im Schuljahr 2018/2019 zu gewährleisten?

Ulrike Gote
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass die Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas) 2016 eine Förderung der Sanierung der Ringleitung der Juragruppe im Gemeindegebiet Pegnitz (Oberfranken) vorsieht, wenn ja, in welcher Höhe soll gefördert werden, und ist die Förderung an die Bedingung geknüpft, dass der Ortsteil Leups an die Ringleitung angeschlossen wird und die eigene Trinkwasserversorgung über eine Quelle eingestellt wird?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Ergebnis kamen die seit 2016 bis jetzt geführten Verhandlungen (bitte Zeitpunkt der entsprechenden Verhandlungen sowie alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer nennen) der Staatsregierung mit den Verantwortlichen für das Jura-Museum Eichstätt hinsichtlich der künftigen Trägerschaft des sich bislang in der rechtlichen Trägerschaft des Collegium Willibaldinum in Eichstätt befindlichen Jura-Museums Eichstätt?

Martin Güll
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie war jeweils in den Jahren 2010 bis 2018 zum Stichtag 1. Februar die Anzahl der Stellen in den Kap. 051 -0519 bei Tit. 42201 „Planmäßige Beamte“ sowie Tit. 42 801 „Arbeitnehmer“, wie war die Ist-Besetzung dieser Stellen und wie viele dieser Stellen, die einen kw-Vermerk (kw = künftig wegfallend) hatten, wurden tatsächlich eingezogen?

Harald Güller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mannstunden haben die jeweiligen beteiligten Polizeieinheiten zur Schleierfahndung an der Grenze Bayern – Österreich seit 2014 verwendet (bitte aufschlüsseln nach Jahren und beteiligten Polizeieinheiten), wie viele Mannstunden haben die jeweiligen beteiligten Polizeieinheiten zur Schleierfahndung an der Grenze Bayern – Österreich in den Monaten des Jahres 2018 verwendet (bitte aufschlüsseln nach Monaten und beteiligten Polizeieinheiten) und wie viele Mannstunden werden benötigt, um alle über 70 Straßenübergänge an der bayerisch-österreichischen Grenze und an der grünen Grenze lückenlos zu überwachen?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung vom 18.04.2018 ankündigte, den Mut zu futuristischen und visionären Vorhaben zu haben, hierzu gehört im Rahmen der Gründung einer eigenen Fakultät an der Technischen Universität München (TUM) in Ottobrunn das neue bayerische Raumfahrtprogramm „Bavaria One“, frage ich die Staatsregie-

zung, welche etatisierten Mittel stehen im Haushalt (Doppelhaushalt 2017/2018, 1. und 2. Nachtragshaushalt 2018) für dieses neue Raumfahrtprogramm mit welchen konkreten Zeitplan und mit welchem Programmkriterien zur Verfügung?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Infolge des Wechsels eines ehemaligen Ressortleiters der „Süddeutschen Zeitung“ in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei, frage ich die Staatsregierung, welche Aufgabe, Größe und Funktion der dort eingerichtete „Planungsstab“ hat?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist die aktuelle Lehrerversorgung (Soll-Ist-Vergleich) an allen Schulen (bitte auflisten nach Pflichtschulen, weiterführenden Schulen und beruflichen Schulen) in den Landkreisen Oberallgäu, Lindau, Ostallgäu und Günzburg und wie verhält es sich beim Unterrichtsausfall im Vergleich zum regulären, geplanten Unterricht im ablaufenden Schuljahr 2017/2018 (bitte Prozent-Angaben im Vergleich) in den vorgenannten Landkreisen?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche illegalen Autorennen haben in Bayern im ersten Halbjahr 2018 stattgefunden (bitte aufschlüsseln nach Ort, Datum und Teilnehmerzahl), was ist über die Organisatoren und Teilnehmer bekannt, welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über die Zahl der Unfallopfer als Folge illegaler Autorennen in Bayern in diesem Zeitraum (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen und kreisfreien Städten)?

Christine Kamm
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen wurden am 03.07.2018 im Rahmen der Sammelabschiebung aus Bayern nach Afghanistan abgeschoben (bitte die Aufenthaltsdauer in Deutschland, Alter, hier erbrachte Integrationsleistungen wie Arbeit, Hauptschulabschluss, Qualifizierungsmaßnahmen u. a., anwaltliche Vertretung, die Straftaten der Betroffenen sowie die genaue Abschiebeprozedur einzeln und detailliert auflisten, bitte auch die Zahlen der zur Abschiebung vorgesehen aber nicht abgeschobenen Personen und die Gründe für die Nichtabschiebung benennen), wie viele Personen von den Betroffenen hatten eine Rückkehrberatung in Anspruch genommen und wie viele Personen hatten ein Antrag auf Arbeits- und Ausbildungsgenehmigung gestellt?

Annette Karl
(SPD)

Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung vom 18.04.2018 ankündigte, dass in zwei Jahren das „digitale Rathaus rund um die Uhr und an jedem Ort“ entstehen soll, frage ich die Staatsregierung, nach welchen Fördermodalitäten stehen den Kommunen in welchem konkreten Zeitraum und in welchen Haushaltstiteln (Doppelhaushalt 2017/2018, 1. und 2. Nachtragshaushalt 2018) etatisierte Mittel zur Verfügung?

Günther Knoblauch
(SPD)

Nachdem die bestehende Tagesbetreuung der ökumenischen Nachbarschaftshilfe in der Gemeinde Bad Feilnbach als Tagespflege genutzt werden könnte, wozu ein erneuter Bauantrag nötig wäre, frage ich die Staatsregierung, sieht sie die Möglichkeit von

Übergangslösungen, etwa während der Bauantrag läuft, oder Erleichterungen hinsichtlich der Zulassung bei der Nutzung einer bestehenden Tagesbetreuung als Tagespflege, sofern eine Gefährdung der betreuten Menschen ausgeschlossen ist, wenn ja, wie könnte eine solche Übergangslösung oder Erleichterung aussehen und wenn nein, warum nicht?

Dr. Herbert Kränzlein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten „Bürgersprechstunden“ hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder 2018 bereits durchgeführt bzw. sind in Planung, wie hoch belaufen sich die Werbekosten für diese „Bürgersprechstunden“ im Einzelnen und Konkreten (Online-Werbung, Anzeigen in Tageszeitungen, Rundfunk u. a. m.) und wie hoch belaufen sich die Durchführungskosten im Einzelnen und Konkreten (Raummiete, Anfahrt bzw. Abfahrt, Catering u. a. m.)?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch schätzt sie die Kosten für die Wolfssicherung bei den bayerischen Alpen, Almen und Weiden (sowohl bei Zäunen als auch bei Schutztieren), sind diese Gelder bereits vorhanden und wie erfolgt die Antragstellung bzw. Nachweispflicht?

Ulrich Leiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Notfallambulanzen gibt es derzeit in Kliniken in Bayern insgesamt, wie viele Kliniken haben keine Notfallambulanz und wie viele Kliniken haben sowohl eine Notfallambulanz als auch eine Bereitschaftspraxis (bitte aufgeschlüsselt nach Bezirken)?

Andreas Lotte
(SPD)

Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung vom 18.04.2018 ankündigte, den Mut zu futuristischen und visionären Vorhaben zu haben – hierzu gehört die Errichtung einer europaweit ersten Referenzstrecke für ein Hyperloop-System innerhalb von zehn Jahren – frage ich die Staatsregierung, welche etatisierten Mittel stehen im Haushalt (Doppelhaushalt 2017/2018, 1. und 2. Nachtragshaushalt 2018) für dieses Projekt mit welchem konkreten Zeitplan und an welchem Ort zur Verfügung?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie Kenntnis hat, welche „alex“-Züge zwischen Regensburg und München seit dem 01.06.2018 komplett ausgefallen sind, was jeweils der Grund hierfür war und wie wird die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH sicherstellen, dass die Fahrgäste auf dieser Strecke zukünftig ein verlässliches Angebot im SPNV vorfinden?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie Kenntnis hat, wie lange die Waldbesitzervereinigungen in Bayern vom Einschlag und der Lagerung im Wald derzeit warten müssen, um ihr Holz im Sägewerk anliefern zu können, wie lange dauert es, bis sie dann ihr Geld dafür bekommen und plant die Staatsregierung Überbrückungshilfen zu gewähren, wenn die Sägewerke aufgrund der Windbruchmengen das Holz der Waldbesitzervereinigungen nur nach und nach abnehmen können?

Alexander Muthmann
(fraktionslos)

Nachdem die Bundesregierung mitgeteilt hat, dass der Freistaat Bayern durch Mittelverschiebung aus nicht abgerufenen Geldern durch andere Bundesländer noch im Jahr 2016 3 Mio. Euro zusätzlich für die Städtebauförderung erhalten hat, im Jahr 2017 von derartigen Verschiebungen jedoch nicht profitieren konnte (0 Euro), während auf die Bundesländer Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen insgesamt fast 13 Mio. Euro verteilt wurden (Daten aus einer Anfrage des MdB Karsten Klein, FDP, Juni 2018), frage ich die Staatsregierung, warum der Freistaat Bayern im Jahr 2017 von den Mittelverschiebungen im Bereich der Städtebauförderung nicht profitieren konnte, in welcher Höhe Bayern jeweils in den letzten fünf Jahren von Mittelverschiebungen im Bereich der Städtebauförderung betroffen war und inwiefern sich die Staatsregierung darum bemühen wird, künftig wieder verbleibende Bundesmittel aus Nicht-Abrufen in der Städtebauförderung zu erhalten?

Thomas Mütze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie angesichts der Planungen im Spessart zu einem Eicheninformationszentrum mit Tagungsstätte in Erlenfurt, Landkreis Aschaffenburg und Attraktionen wie einem Aussichtsturm, einem Niedrigseilgarten und weiterer touristischer Maßnahmen am Bischborner Hof (an der B 26) im Landkreis Main-Spessart des Weiteren plant, zeitnah im Spessart zusätzliche Staatswaldflächen unter Schutz zu stellen (bitte die Flächen mit Bezeichnung, Größe und Gemarkung auflisten), welchen Schutzstatus dies Flächen erhalten werden und wie der deren Vernetzung (Trittsteinkonzept) vonstatten gehen soll?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihre Pläne, den ehemaligen KZ-Steinbruch „Wurmstein“ nach Ablauf des derzeit laufenden Pachtvertrags in die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg zu integrieren, noch immer aktuell sind, ob es dennoch Bestrebungen seitens der Staatsregierung gibt, den Granitabbau in dem Steinbruch nach Ablauf der Pachtfrist weiter aufrechtzuerhalten und ob dazu seitens der Staatsregierung bzw. der Staatsforsten schon konkrete (Vor-)Verhandlungen zu einer Verlängerung oder Erneuerung des Pachtvertrags mit dem bisherigen Pächter geführt wurden?

Hans-Ulrich Pfaffmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann hat sie eine Genehmigung bei der Bundesregierung eingeholt für die geplanten Wahlkampfaktivitäten von Ministerpräsident Dr. Markus Söder mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz, nachdem das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in seinem Beschluss vom 08.03.2017 die Rahmenbedingungen für Wahlkampfaktivitäten ausländischer Politiker so beschrieben hat, dass „Staatsoberhäupter und Mitglieder ausländischer Regierungen ... weder von Verfassung wegen noch nach einer allgemeinen Regel des Völkerrechts im Sinne von Art. 25 GG einen Anspruch auf Einreise in das Bundesgebiet und die Ausübung amtlicher Funktionen in Deutschland“ haben und es „hierzu der ausdrücklichen ... Zustimmung der Bundesregierung“ bedarf, „in deren Zuständigkeit für auswärtige Angelegenheiten eine solche Entscheidung gemäß Art. 32 Abs. 1 GG

fällt“, ist sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder bewusst, dass das Werben für eine autoritäre Staatsform, auch wenn diese im Ausland verwirklicht werden soll, den Werten des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung entgegen steht und einen Anspruch auf Zulassung solcher Werbung für seine Ziele ein fremder Amtsträger nicht hat, ist sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder bewusst, dass die politische Betätigung eines Ausländers nach den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes beschränkt oder untersagt werden kann, „soweit sie ... den außenpolitischen Interessen (...) der Bundesrepublik Deutschland zuwiderlaufen kann (...), bestimmt ist, Parteien, andere Vereinigungen, Einrichtungen oder Bestrebungen außerhalb des Bundesgebiets zu fördern, deren Ziele oder Mittel mit den Grundwerten einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung unvereinbar sind“?

Dr. Christoph Rabenstein
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, was tut sie, um die Fertigung von Batteriezellen für Elektrofahrzeuge in Bayern anzusiedeln, welche konkreten bayerischen Standorte hat sie dem chinesischen Zellenhersteller CATL angeboten, der laut Medienveröffentlichungen einen Werksstandort in Thüringen präferiert und wie wichtig betrachtet die Staatsregierung eine Batteriezellenfertigung in Bayern?

Doris Rauscher
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele der bayerischen Kindertageseinrichtungen verzeichnen aktuell einen Anstellungsschlüssel, der besser als 1:10 bzw. 1:9 ist (bitte differenziert nach Kinderkrippe, Kindergarten und Hort), wie viele Einrichtungen verbuchen einen Anstellungsschlüssel, der schlechter als 1:11 ist (bitte differenziert nach Kinderkrippe, Kindergarten und Hort), und wie hoch sind in den verschiedenen Einrichtungsarten die jeweiligen Fehlzeiten der Beschäftigten (bitte differenziert nach Art der Fehlzeit)?

Markus Rinderspacher
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Kosten sind beim Empfang von Ministerpräsident Dr. Markus Söder für die Abgeordneten der konservativen Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP-Fraktion) im Antiquarium im Konkreten angefallen (bitte aufschlüsseln nach Einladungsverschickung, Einladungsdruck, Catering-Personal, Essen, Getränke, Mietkosten, Security, Versicherungen, Steuern, Personalstunden Protokoll etc.), hat die Staatsregierung in den letzten zehn Jahren Empfänge für Abgeordnete von sozialdemokratischen, liberalen oder ökologischen Partei(-familien) oder -fraktionen durchgeführt, wie lauten die konkreten Namen der Gäste, die sich zum Fest der EVP-Fraktion in der Bayerischen Residenz angemeldet haben?

Florian Ritter
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, in welcher Form, zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage Flächen, die als ehemaliges Eigentum der Deutschen Bahn als Bahnflächen gewidmet waren, aber noch nicht rechtswirksam neu überplant wurden, genutzt und bebaut werden dürfen?

Bernhard Roos Ich frage die Staatsregierung, warum hat sie entgegen ihrer sonstigen grundsätzlich skeptischen Einlassungen gegenüber chinesi-

(SPD) schen Übernahmen bayerischer Unternehmen keine Einwände gegen die geplante Übernahme des bayerischen Zulieferers Grammer durch den chinesischen Großinvestor Ningbo Jifeng, wie bewertet die Staatsregierung die Beschäftigtenperspektive durch diesen Deal und welche Risiken sind mit dem Einstieg des chinesischen Investors bei Grammer verbunden?

Georg Rosenthal
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Ergebnisse des neuesten RTL/n-tv-Trendbarometers von Forsa, wonach nur 38 Prozent der Bayern mit der bisherigen Arbeit von Ministerpräsident Dr. Markus Söder „zufrieden“ sind, 56 Prozent dagegen „weniger zufrieden oder unzufrieden“, wie beurteilt die Staatsregierung das Ergebnis dieser Studie, wonach das Urteil über den Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder fast so schlecht ausfällt wie das über Dr. Markus Söders Vorgänger Horst Seehofer kurz vor seiner Ablösung im Dezember 2017 und wie beurteilt sie den beschriebenen Umstand, wonach „mehrheitlich zufrieden“ mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder nur die Anhänger der CSU (56 Prozent) und der AfD (67 Prozent) sind?

Harry Scheuenstuhl
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, welche Unterschiede bestehen zwischen dem Auskunftsrecht nach Art. 39 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) und dem Einsichtsrecht nach Art. 54 Abs. 3 S. 2 Gemeindeordnung (GO) und erscheint es verfassungsrechtlich geboten, das Einsichtsrecht der Gemeindebürger den Bestimmungen des Art. 39 BayDSG, insbesondere im Hinblick auf die Gewährung von Abschriften, Kopien usw., anzugleichen bzw. welche Gründe sprechen für eine von der Staatsregierung nicht gebotene Gleichbehandlung, nachdem Art. 39 BayDSG ein allgemeines Auskunftsrecht mit dem Recht bzw. der Verpflichtung, Abschriften (möglich auch in Form von Kopien und Fotografien usw.) zu fertigen bzw. zu erteilen gewährt, wohingegen das Recht der Gemeindebürger gem. Art. 54 Abs. 3 S. 2 GO ausschließlich auf die Einsichtnahme, ohne Anspruch auf Abschriften, Kopien usw., beschränkt ist sowie das Einsichtsrecht der Gemeindebürger in Niederschriften öffentlicher Gemeinderatssitzungen früherer Wahlperioden nur unter Glaubhaftmachung besonderer Gründe möglich ist und diese Einschränkung Art. 39 BayDSG nicht kennt?

Franz Schindler
(SPD) Bezugnehmend auf die Antwort des Staatsministeriums der Justiz auf meine Anfrage zum Plenum vom 13.11.2017 (Drs. 17/19092), wonach im Rahmen einer richterlich angeordneten Überwachung der Telefonanschlüsse (TKÜ) von Beschuldigten auch Gespräche aufgezeichnet wurden, bei denen als Gesprächspartner ein Verteidiger eines Beschuldigten beteiligt war oder deren Inhalt den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung betraf und dass entsprechend den gesetzlichen Vorgaben noch vor Anklageerhebung 281 Telekommunikationsvorgänge (davon 41, die den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung betroffen haben und 240 zwischen einem Beschuldigten und einem Verteidiger bzw. Berufsheimnisträger) gelöscht wurden und dass nach Vorwürfen von Verteidigern, die Strafverfolgungsbehörden hätten Verteidigerge-

sprache und Gespräche betreffend den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung systematisch aufgezeichnet und nicht gelöscht, bei einer nochmaligen Überprüfung 11 Telekommunikationsvorgänge festgestellt worden sind, bei denen Gespräche zwischen einem Beschuldigten und einem Verteidiger aufgezeichnet wurden und ein weiterer Vorgang, der den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung betroffen hat und dass deren Löschung daraufhin angeordnet und vollzogen worden sein soll, weswegen die Staatsanwaltschaft den entsprechenden Datenträger mit TKÜ-Dateien am 17.11.2017 von Verteidigern zurückgefordert, überarbeitet und Anfang Januar 2018 erneut an Verteidiger übersandt hat, frage ich die Staatsregierung, wie es zu erklären ist, dass auf den von der Staatsanwaltschaft Regensburg Anfang Januar 2018 an Verteidiger zurückübersandten überarbeiteten Datenträgern immer noch weitere, mindestens 11 Audiodateien mit Aufzeichnungen von Gesprächen zwischen Angehörigen eines Beschuldigten enthalten sind, die eindeutig dem Kernbereich der privaten Lebensgestaltung zuzuordnen sind und dennoch nicht gelöscht worden sind, welche Verfahrensbeteiligte Kopien des überarbeiteten Datenträgers mit gesetzwidrig nicht gelöschten TKÜ-Aufzeichnungen mit Kernbereichsrelevanz erhalten haben (bitte auch Anzahl aller Empfänger der TKÜ-Aufzeichnungen angeben) und ob ausgeschlossen werden kann, dass sich bei den Ermittlungsbehörden weitere Dateien mit Aufzeichnungen von Telekommunikationsvorgängen zwischen Beschuldigten und ihren Verteidigern und/oder, die den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung betreffen, befinden?

Gabi Schmidt
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, plant sie, das Bayerische Familiengeld auch an Pflegeeltern auszuzahlen, wenn nein, wieso nicht und sieht die Staatsregierung die bisherigen Leistungen der Jugendämter als ausreichend an?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse liegen ihr über das seit 2018 erscheinende Magazin „Arcadi“ und die Publikation „Blaue Narzisse“ bzw. über deren verantwortliche Personen vor?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele und wie lange Personen anlässlich des AfD-Bundesparteitags in Präventivgewahrsam genommen worden sind, und mit welcher Begründung?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle sogenannter Blow-ups gab es in Bayern seit 2013 (bitte nach Jahren und Orten aufschlüsseln), auf welchen bayerischen Autobahnstrecken wird es 2018 womöglich Temporeduzierungen wegen der Gefahr von Blow-ups geben und welche konkreten Fahrbahnsanierungen sind geplant oder bereits durchgeführt (bitte mit Kostenplanung aufschlüsseln)?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Anstrengungen wurden in den vergangenen Jahren durch die sie unternommen, um den bayerischen Schweinehaltern und Ferkelerzeugern beste Voraussetzungen zu ermöglichen, das Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration in ihren Betrieben umzusetzen und den Anforderungen

des Tierschutzgesetzes ab 01.01.2019 zu genügen, plant Bayern in Hinblick auf das Inkrafttreten des Verbots der betäubungslosen Ferkelkastration zum 01.01.2019 eine Länderinitiative zur Änderung des Tierschutzgesetzes, um Ferkelkastration unter Lokalanästhesie durch Landwirte durchführen lassen zu können und aus welchen Gründen würde es der Staatsregierung sinnvoll erscheinen, sich für eine Verschiebung des Ausstiegsdatums aus der betäubungslosen Ferkelkastration einzusetzen?

Diana Stachowitz
(SPD)

Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung vom 18.04.2018 ankündigte, als erstes Bundesland für kleine und mittlere Unternehmen eine „BayernCloud“ zu entwickeln, frage ich die Staatsregierung, welche Fördermodalitäten werden für die „BayernCloud“ mit welchem Zeitplan zugrunde gelegt und welche etatisierten Mittel stehen im Haushalt (Doppelhaushalt 2017/2018, 1. und 2. Nachtragshaushalt 2018) zur Verfügung?

Claudia Stamm
(fraktionslos)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrstellen sind derzeit in Bayern unbesetzt (Gesamtzahl und aufgliedert nach Ausbildungsberufen), was unternimmt sie, um offene Lehrstellen zu besetzen und wie steht sie zur Besetzung offener Lehrstellen mit Asylbewerberinnen bzw. -bewerbern und abgelehnten Asylbewerberinnen bzw. -bewerbern (3+2-Regelung im Integrationsgesetz), um den Bedarf der einheimischen Wirtschaft zu decken?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ab welchem Schwellenwert an flächigen Kunststofffolien oder -tunneln sieht sie den öffentlichen Belang der Beeinträchtigung der natürlichen Eigenart der Landschaft und ihres Erholungswerts oder der Verunstaltung des Orts- und Landschaftsbilds als gegeben, der nach § 35 Baugesetzbuch (BauGB) einem landwirtschaftlichen Vorhaben entgegensteht, um wie viel liegt dieser Schwellenwert in Landschaftsschutzgebieten niedriger und ab welcher Größenordnung werden diese Aspekte bei der Beurteilung der Privilegierung überhaupt berücksichtigt?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Nachdem am 02.07.2018 die neue Bayerische Grenzpolizei in Marsch gesetzt wurde, frage ich die Staatsregierung, in welchem Umfang (bezogen auch auf die Personalausstattung, Schaffung von neuen Dienststellen) wird diese künftig Aufgaben in den Landkreisen Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen und Garmisch-Partenkirchen sowie Weilheim-Schongau wahrnehmen, z. B. in Form von dauerhaften oder temporären Grenzkontrollen, einer Ausweitung der Schleierfahndung (im Vergleich zur bisherigen Schleierfahndung)?

Reinhold Strobl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie häufig sind sogenannte Treibstoffschnellablässe durch Flugzeuge über dem bayerischen Luftraum im ersten Halbjahr 2018 vorgekommen, wie viel Kerosin wurde im ersten Halbjahr 2018 über Bayern durch den Flugverkehr abgelassen (bitte Angaben in Datum, Tonnen und aufschlüsselt nach Landkreis und Regierungsbezirk) und wie hoch war die

Belastung durch Kerosinablass in Bayern im Gesamten im Verhältnis zu anderen Bundesländern im Jahr 2017 (bitte Angaben in Vorfälle, Tonnen und Bundesländern)?

Dr. Simone Strohmayer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte haben in den letzten drei Jahren an einer Fortbildung im Zusammenhang mit dem Einsatz digitaler Medien im Unterricht teilgenommen, wie viele davon hatten Anrechnungsstunden als Systembetreuerin bzw. Systembetreuer und wie viele davon nahmen bereits zum wiederholten Male an einer Schulung teil (bitte nach Schularten und Regierungsbezirken getrennt ausweisen)?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie lautet der Wortlaut der Weisung des Staatsministeriums des Innern und für Integration vom 02.07.2018 zur Erteilung von Beschäftigungserlaubnissen für Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Geduldete (sollte solch einen Weisung nicht existieren, bitte die Innenministeriellen Schreiben und Weisungen, die von der Staatsregierung an die Ausländerbehörden im Jahr 2018 rausgegangen sind und das Thema Beschäftigungserlaubnissen für Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Geduldete betreffen, der Antwort hinzufügen)?

Arif Tasdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gründe sehen Ministerpräsident Dr. Markus Söder und die Staatsregierung dafür, dass die „Zeit des geordneten Multilateralismus“ vorbei sei, was im Konkreten soll laut Ministerpräsident Dr. Markus Söder und der Staatsregierung den Multilateralismus ersetzen und wo sehen Ministerpräsident Dr. Markus Söder und die Staatsregierung Ansätze für eine Zukunft des Unilateralismus?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, dürfen bayerische Schwangerenberatungsstellen, die ihre Klientinnen neutral beraten, Listen mit Adressen von Ärztinnen und Ärzten oder Einrichtungen, die straffreie Abtreibungen ausführen, an ihre Klientinnen aushändigen, wenn nein, warum nicht und welche Durchführungsverordnungen bestehen hierzu in Bayern?

Angelika Weikert
(SPD)

Bezugnehmend auf den Beschluss des Ministerrats, im Rahmen des bayerischen Asylplans die Abschiebehaftplätze von aktuell 131 auf 480 zu erhöhen, frage ich die Staatsregierung, wie sich die Belegungszahlen der bestehenden Abschiebehaftplätze in den vergangenen drei Jahren entwickelt haben, auf welcher Grundlage die Anzahl der zusätzlichen Abschiebehaftplätze berechnet wurde und wie viele ausreisepflichtige Personen 2017 trotz vorliegendem richterlichen Beschluss aufgrund fehlender Abschiebehaftkapazitäten nicht in Abschiebehaft genommen werden konnten?

Dr. Paul Wengert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen und Pläne verfolgt die Staatsregierung, damit die Blockabfertigung von Lastwagen an der Grenze Bayern – Österreich ein Ende findet, welche Studien, Zahlen und Schätzungen liegen der Staatsregierung zum volkswirtschaftlichen Schaden der Blockabfertigung vor und wie viele Kilometer und Stunden Stau sind bislang durch die Blockabfertigung entstanden?

Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD)

Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung vom 18.04.2018 den Aufbau eines Zentrums in Straubing ankündigte, um sauberen „Bayern-Sprit“ zu entwickeln, frage ich die Staatsregierung, welche etatisierten Mittel stehen im Haushalt (Doppelhaushalt 2017/2018, 1. und 2. Nachtragshaushalt 2018) für dieses Zentrum mit welchem Zeitplan und mit welcher personellen Ausstattungen zur Verfügung?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, gab es jemals den Umstand, dass Lehrkräfte für Grundschulen mit einem Notendurchschnitt von 3,5 und schlechter eingestellt bzw. verbeamtet wurden, warum ist dies nun nicht mehr der Fall und/oder ist der Staatsregierung zur Deckung des Bedarfs an Lehrkräften an Grundschulen daran gelegen, bevorzugt auf nicht für die jeweilige Schulart ausgebildete Lehrkräfte oder fachfremd ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen zurückzugreifen?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie lässt sich die Doppelfunktion von MdL Ernst Weidenbusch aus Beauftragter für Staatsbeteiligungen mit seiner Funktion als Syndikus der Lotto-Toto-Vertriebsgemeinschaft (VG) vereinbaren, welche Einnahmen hat er als Syndikus bei der VG bislang im Konkreten erzielt (bitte nach Jahren und in Euro aufschlüsseln) und aus welcher konkreten Zusammenarbeit mit staatlichen Beteiligungen hat MdL Ernst Weidenbusch bislang Einnahmen erzielt (bitte nach Jahren und in Euro aufschlüsseln)?

Herbert Woerlein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die bestehende Möglichkeit, das Vergaberecht bei der Vergabe von Rettungsdienstleistungen gem. § 107 Abs. 1 Nr. 4 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) nicht anzuwenden, sodass Aufträge an gemeinnützige Organisationen oder Vereinigungen direkt vergeben werden dürfen, wenn sie Rettungsdienstleistungen im Rahmen des Katastrophenschutzes, des Zivilschutzes oder der Gefahrenabwehr erbringen?

Isabell Zacharias
(SPD)

Nachdem der Ministerpräsident Dr. Markus Söder am 22.06.2018 verkündete, dass der Freistaat Bayern seine Beteiligung am Filmfest München ab 2019 um 3 Mio. Euro aufstocken und das Filmfest zur besseren Berlinale ausbauen werde, frage ich die Staatsregierung, welche inhaltlichen und strukturellen Veränderungen geplant sind und ob die 3 Mio. Euro in den Doppelhaushalt 2019/2020 eingestellt werden?